

Armut statt BAföG

Über finanzielle Unsicherheit und fehlende Unterstützung

#ichbinreyhan

Über Rassismus im deutschen Wissenschaftssystem

La Guajira, Kolumbien Energieparks zugunsten

multinationaler Unternehmen

Inhaltsverzeichnis

- S. 4 Universität als Demokratie
- S. 5 Exzellenz-Uni aber für wen? Interviews mit Nicole Gohlke und Barbara Fried
- S. 6 Armut trotz BAföG über finanzielle Unsicherheit und fehlende Unterstützung
- S. 7 All together now! Hilfskräfte und Beschäftigte kämpfen gemeinsam für den TVStud
- S. 8 Zeitenwende für die Wissenschaft?
- S. 9 Freiheit, Ehre, Vaterland: Burschenschaften und ihr faschistisches Treiben
- S. 10 Kritische Wissenschaft und wo man sie finden kann
- S. 12 Sexualisierte Gewalt an Unis: Schweigen brechen!
- S. 13 Nieder mit der Fuckademia!
- S. 14 Revolte gegen den Westen
- S. 15 Menschenrechtsimperialismus – der Kolonialismus von
- S. 16 Für einen strategischen Neuanfang in der Klimabewegung
- S. 17 Energiewende für wen? Interview über geplante Windparks in Kolumbien
- S. 18 Neoliberale Unikein Ort für Neurodivergenz
- S. 19 Kulturrezensionen



Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr. 31/2023, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Glöckner Alejandro Gómez Laverde, Luca Groß, Mara-Luise Günzel, Dario Harnisch,

Redaktion: Ari Alba Marquez, Merlon Bleßmann, Johanna Fankel, Finn, Lena Josina Heidel, Marte Henningsen, Bennet Herrgen, Maxi Kisters, Lea Klingberg, Lynn Thomas Kretz, Ronja Kunz, Malena Moog, Julius Paul, Benni Roth, Christina Schiffmann, Lena-Johanna Schmidt, Jonas Schwarz, Nathalie Steinert Layout: Pia Chwalczyk Illustrationen: Pia Chwalczyk Cover: Pia Chwalczyk Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg ViSdP: Nathalie Steinert. Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin Anzeigen und Bestellungen: critica@linke-sds.org www.linke-sds.org ISSN 2751-9902



rollversammlungen, Streiks und Demonstrationen mit Tausenden Studierenden - so sahen die Unis während der 68er-Bewegung aus. Doch die enorme Neoliberalisierung der 1970er bis 90er machte auch vor den Hochschulen nicht Halt. Sie veränderte gemeinsam mit den Umstrukturierungsprozessen der Bologna-Reform die Universität sowie studentisches Leben nachhaltig.

Dass die Universität als Ort der Bildung, der Kritik, des freien Denkens und des Widerstands angesehen wird, ist leider ein entferntes Ideal der 68er-Bewegung. Zu groß ist der Einfluss der Wirtschaft auf Forschung und Lehre geworden. Die Konkurrenz im Kapitalismus zwingt Unternehmen, in effizientere Produktionsweisen zu investieren. Sie sind abhängig von Forschung, die sie allein nicht stemmen können, weswegen sie auf produktive Wissenschaft angewiesen sind. Die Universität wiederum ist durch die Kürzung von Geldern zunehmend auf Konzern-Kooperationen angewiesen. Dies führt zu einer fortschreitenden Ökonomisierung der Universitäten

und zahlreichen Missständen im Bildungswesen. Doch was passiert mit der Wissenschaft und Lehre, wenn sie lediglich auf ökonomischen Nutzen ausgelegt ist?

Hochschule für Innovation und Qualifikation

Die Hochschule hat aus ökonomischer Sicht zwei Funktionen: Erstens muss sie neue Methoden, Dienstleistungen und Produkte entwickeln. Der Wettlauf um eine immer effizientere Produktion ist gekoppelt mit steter Notwendigkeit technischer Innovation. Zwar bleibt Wissenschaft und Bildung staatlich organisiert, doch haben sie eine herausragende Bedeutung für die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Ökonomien, indem sie wichtige Grundlagen für die Privatwirtschaft bieten. Darüber hinaus wird seit der Bologna-Reform und der Finanzkrise 2008, auf Kosten der Wissenschaftsfreiheit, Forschung vermehrt über Drittmittel finanziert, ebenfalls um die nationale Wirtschaft und den Einfluss der Unternehmen auf die

Hochschullandschaft zu stärken. So wird beispielsweise das Energiewirtschaftliche Institut der Uni Köln von EON und RWE finanziert, während an der LMU München das Zentrum für Arbeitsbeziehungen und -recht durch die Arbeitgeberverbände gesponsert wird.

Die zweite Funktion der Hochschule ist die Ausbildung für den Arbeitsmarkt. Das Bildungssystem soll dabei Arbeitskräfte mit den passenden Qualifikationsprofilen für den Markt zur Verfügung stellen. Die steigende Automatisierung der Produktion führt zu einem stetig steigenden Dienstleistungssektor hierzulande, während immer weniger Beschäftigte im industriellen Sektor tätig sind. Aufgrund dieser Entwicklung werden vermehrt akademische Arbeiter*innen gebraucht. Universitäten werden zu Orten der Massenbildung, die auf anwendungsorientierte Studiengänge fokussiert ist und Forschung von der Ausbildung trennt (siehe S. 4). In der Gründung der Fachhochschulen wird diese Entwicklung besonders deutlich.



Was hat diese Entwicklung für Auswirkungen auf die Studierendenschaft und deren Zukunft? Die Öffnung der Universitäten und der Bildung wurde zum ökonomischen Zwang statt zur Befreiung: Um die Profite der Unternehmen zu steigern, wird die akademische Arbeitskraft entwertet. So geht ein Bachelor mit einer geringeren Bezahlung einher als zuvor. Trotzdem bleiben Studierende für Unternehmen sowie den Staat eine Investition in die Zukunft, die vorerst finanziert werden will. Um die Ausbildung von qualifizierten Fachkräften so kostengünstig wie möglich zu halten, wird der Lehrplan verdichtet, es werden mehr Leistungsnachweise verlangt, die Qualität der Lehre nimmt aufgrund der prekären Arbeitsbedingungen ab, und der Druck, der auf Studierenden lastet, steigt immens. Hinzu kommen die materiellen Sorgen zahlreicher Studierender: Die Ampel-Regierung plant, BAföG-Gelder zu kürzen, während die Lebenshaltungskosten immer weiter steigen (siehe S. 6). In der Folge verengen sich Freiräume für politische Aktivität und für Protest am Campus. Gleichzeitig bergen all diese Widersprüche auch das Potential, studentischen Protest neu zu entfachen.

Studierendenbewegung und Widerstand

In den letzten Jahrzehnten war der neoliberale Umbau der Hochschule immer wieder Anlass für studentischen Protest. Die letzte große Streikwelle gab es an Universitäten 2009, als sich 200.000 Studierende für bessere Studienbedingungen einsetzten. Diese Streiks und Proteste entstanden wegen untragbarer Studienbedingungen und waren stark auf materielle Forderungen nach verbesserten Lehr- und Lernverhältnissen fokussiert.

Jedoch ist es entscheidend, dass Studierende ihre Anliegen als Teil eines gesellschaftlichen Protests begreifen, der notwendig ist, um mit der neoliberalen Hegemonie zu brechen. Solange Kapitalinteressen in den Hochschulen das Sagen haben, wird es unmöglich sein, Demokratisierung, gute Lehre und ge-

sellschaftlich relevante Forschung durchzusetzen. Kämpfe für bessere Studienbedingungen überlagern sich immer wieder mit Protesten gegen gesellschaftliche Krisen. An den Hochschulen kann dabei ein kritisches Potential entstehen, um sich gegen die Missstände aufzulehnen und Perspektiven jenseits des Kapitalismus aufzuzeigen. So waren in Frankreich im Mai 1968 Straßenkämpfe von Studierenden der Ausgangspunkt eines riesigen, Monate andauernden Generalstreiks. Im Zuge der Finanzkrise 2011 vermengten sich in Griechenland Proteste und Institutsbesetzungen der Studierenden mit den Aufständen der Bevölkerung gegen die eiserne Austeritätspolitik der Troika. Diese Beispiele zeigen, dass Hochschule und Gesellschaft stets in Wechselwirkung stehen - auch wenn es um Protestdynamiken geht.

Studentische Bewegungen haben das Potential, »Träger eines neuen antikapitalistischen Aufbruchs im Zeitalter der permanenten Krise« (Gohlke, Butollo 2012) zu werden. Die Klimabewegung hat zuletzt gezeigt, dass Schulen und Unis einen entscheidenden Unterschied in gesellschaftlicher Veränderung machen können. Jetzt liegt es an uns, dieses Potential zu seiner vollen Entfaltung zu bringen. Denn schon 2010 stellte ein Kommentar im britischen *The Guardian* fest: »Die Gefahr, die von den Aktionen der Studierenden ausgeht, ist, dass sie ansteckend sein können [...]. Es könnte sein, dass ihre Energie, ihr Enthusiasmus, ihre Radikalität, ihre Wut und ihre Rauheit in uns allen schlummert.«



Nathi und Ronja arbeiten nine to nine für die studentische Revolution an der Uni, sei es mit Büroarbeit, Campus-Gesprächen oder Demoplanung.



1961 veröffentlichte der »Sozialistische Deutsche Studentenbund« (historischer SDS) im Verlag »Neue Kritik« die »Hochschuldenkschrift«. Auf 170 Seiten analysieren die Autor*innen darin die Rolle der Hochschulen im industriell entwickelten Kapitalismus und wie sie diese demokratisieren wollen. Sie entwerfen ein

Reformmodell mit einer demokratischen Hochschulverfassung, partizipativen Studienplänen und sozialen Institutionen zur studentischen Daseinsvorsorge.

Die Ziele des SDS und der Studierendenbewegung scheiterten bis auf wenige Ausnahmen und die dadurch

möglichen politischen Maßnahmen der 1970er-Jahre – heute als Neoliberalisierung bekannt – kommerzialisierten die Universitäten weiter. Die Bologna-Reform hat dann 1999 das Hochschulsystem in Europa nochmal grundlegend verändert und ökonomisiert.

Bereits in der Einleitung stellen die sozialistischen Studierenden fest, dass die Universität in der Gesellschaft stets an ihren Leistungen gemessen wird. Ihre Aufgabe sei es »verwertbare Forschungsergebnisse« zu liefern und »wissenschaftlich qualifizierte Fachleute« auszubilden. Am ersten Ziel hat sich bis heute wenig geändert. Auch wenn die Universitäten zum allergrößten Teil aus öffentlicher Hand finanziert werden, sorgen Unterfinanzierung, Drittmittelausrichtung und Exzellenzstrategie dafür, dass sich Universitäten der kapitalistischen Verwertungslogik hingeben.

Trotz Bachelor weniger Geld

Vom zweiten Ziel hingegen haben sich Universitäten entfernt. Die wissenschaftliche Qualifizierung der Fachleute rückt zunehmend in den Hintergrund, und statt Wissenschaftler*innen produziert das Hochschulsystem taugliche Arbeiter*innen für möglichst viele Bereiche der Wirtschaft. Die Universität ist ein zentrales Ausbildungsorgan der Privatwirtschaft geworden. Seit 1960 ist die Studienanfängerquote von 6 Prozent auf 55,5 Prozent in 2021 gestiegen. Dass Hochschulbildung zugänglicher

wird, ist gut, denn alle sollten die Möglichkeit haben eine Universität zu besuchen. Die Zahlen zeigen allerdings nicht das ganze Bild. Kinder aus Arbeiter*innenfamilien gehen weniger als halb so oft zur Universität, noch weniger machen einen Bachelorabschluss und nur ein Prozent der Arbeiter*innenkinder promoviert. Dagegen erwarten immer mehr Unternehmen einen Masterabschluss. Das wirkt sich auch auf die Abschlüsse selbst aus: Insbesondere duale Studiengänge sind immer stärker darauf ausgelegt qualifizierte Facharbeiter*innen zu schaffen, die nach dem Bachelorabschluss schon Berufserfahrung vorweisen können. Die Ausbildung an Universitäten sollte hingegen anders verstanden werden.

Als Leitprinzip an deutschen Universitäten gilt bis heute die »Einheit von Forschung und Lehre«. Wenn diese Einheit mehr als nur räumlich verstanden werden soll, so die Verfasser*innen der Denkschrift, müssen Studierende eine essenzielle Rolle im Wissenschaftsprozess spielen. Forscher*innen sind zugleich Dozierende, und ihre Arbeit ist nicht bloß die Produktion von Forschungsergebnissen und das bloße Abspulen in der Lehre. Vielmehr soll die wissenschaftliche Arbeit als kollaborativer Prozess mit den Studierenden verstanden werden. Diese wiederum eignen sich nicht bloß die fertigen Lehrinhalte an, sondern sind im Prozess der Wissensproduktion beteiligt. Die »ständige Verpflichtung (...) zur Darstellung und Vermittlung der Arbeitsergebnisse« und ihrer Methoden würde die Erarbeitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen leiten und unter Prüfung stellen.

Nun sitzen die Probleme des deutschen Universitätssystems tiefer, und dieser idealisierte Prozess der Wissenschaft ist zu selten erreichbar. Die Arbeit der Forscher*innen ist prekärer denn je, wie die Protestbewegung #IchBinHanna und #IchBin-Reyhan (siehe S. 13) beklagt, und die Lehre wird zunehmend zur unbezahlten Nebentätigkeit. Gleichzeitig verschlechtert sich die soziale Lage der Studierenden zunehmend: 37 Prozent waren 2022 armutsgefährdet. Durch die Kürzungen im Bildungssektor verstärkt die Bundesregierung die Abhängigkeit der Universitäten von der Privatwirtschaft und mindert die Oualität der Wissenschaft selbst. Ein wirklich wissenschaftlicher Prozess benötigt daher ökonomische Unabhängigkeit (»Wissenschaftsfreiheit«) - kurz: eine Uni für jene, die darin lernen und lehren. 🛨









»Unternehmerische Hochschule« – falsche Versprechen, die nur die reelle Verelendung der Hochschulen verdecken, meint Nicole Gohlke (bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion).

Nicole, die Ökonomisierung der Hochschulen schreitet die letzten Jahrzehnte kontinuierlich voran: die Bologna-Reformen Anfang der 2000er, die Exzellenzinitiative 2005 und seit 2017 die Exzellenzstrategie, die einzelne Universitäten und Personen fördert, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Wie schätzt du die Auswirkungen auf Lehre und Studierende ein?

Die Auswirkungen für Studium und Lehre sind verheerend. Seit der Bologna-Reform steht in den Universitäten vor allem das "Scheine machen" im Vordergrund und nicht die Bildung der Studierenden. Wenn wir heute die ach so großen Versprechungen von damals hören, wie zum Beispiel das schnellere Erwerben von Abschlüssen, muss man selbst da sagen, dass gerade einmal 20 Prozent der Studis ihren Abschluss in der Regelstudienzeit machen. Darüber hinaus sinkt das Interesse an der eigenen Uni, was sich in der schwachen Demokratisierung vielerorts zeigt.

Und was hat es für Folgen für die Wissenschaft, wenn Forschung ausschließlich einen Nutzen für die Wirtschaft haben muss?

Wenn Forschung ausschließlich abhängig von der Wirtschaft ist, erleidet sie einen großen Schaden. Forschung muss sich frei mit den drängendsten Fragen unserer Zeit befassen, und das ist nunmal nicht die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Gerade Geisteswissenschaften haben häufig einen geringeren Nutzen für die Wirtschaft, aber einen sehr hohen Nutzen für die Gesellschaft. Wenn wir also nur noch wirtschaftliche Interessen verfolgen, werden diese wichtigen Bereiche einfach untergehen.

Was siehst du für Möglichkeiten, Forschung und Bildung wirklich gerechter und zum Nutzen des Gemeinwohls zu gestalten?

In der Forschung brauchen wir zuallererst einmal eine anständige Bezahlung der Beschäftigten, weshalb ich den TVStud [Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, Anm. d. Red.] sehr unterstütze. Damit ist es aber natürlich noch lange nicht getan. Wir haben in der Forschung über Jahrzehnte gewachsene klassistische Strukturen, die es zu überwinden gilt, damit auch das Kind der alleinerziehenden Kassiererin eine Professur antreten kann.

Wissenschaft für die Gesellschaft – ein Blick in die Kritische Psychologie von Barbara Fried (stellv. Direktorin des Institut für Gesellschaftsanalyse, Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Barbara, du warst Teil der Kritischen Psychologie, einer Richtung, die Ende des 1960er Jahre an der Freien Universität Berlin

entstanden ist. Wie konnte sich die kritische Wissenschaft dort institutionell verankern?

Im Kontext der 68er-Bewegung haben Lehrende und Studierende am damaligen Psychologischen Institut angefangen sich mit Wissenschaftskritik und marxistischer Gesellschaftstheorie zu beschäftigen: Wie trägt die traditionelle Psychologie zu einer Stabilisierung von Herrschaft bei? Wie müsste eine Subjektwissenschaft aussehen, die analysiert, wie die Einzelnen in bestehende Herrschaftsverhältnisse eingebunden sind? Es ging auch um eine Befreiungsperspektive: Wie können wir unter diesen Bedingungen handlungsfähig werden - gemeinsam gegen "oben" statt gegeneinander? Am Ende kam es zur Gründung eines zweiten Institutes: Für die nächsten 20 Jahre konnte man an der FU zwei völlig verschiedene Psychologie-Studiengänge absolvieren, die zum gleichen Abschluss führten. Dass das so möglich war, war Ausdruck der damaligen Kräfteverhältnisse.

Welche Folgen hatte das für Lehre und Wissenschaft?

Nur durch diese institutionelle Absicherung konnte sich die Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft über die nächsten Jahrzehnte so entwickeln: durch Stellen, Praxisforschung und entsprechende Diskussionszusammenhänge. Es gab eine wirklich besondere Lehr- und Lernathmosphäre: Trotz unterschiedlichen Wissensschatzes wurde auf Augenhöhe miteinander diskutiert, wir Lernenden wurden als politische Subjekte mit unterschiedlichen Interessen sehr ernst genommen. Es gab Raum für Kapitallesekurse und Grundlagen Marxscher Gesellschaftskritik, genauso wie für Einstiege in psychologische Geschlechterforschung, Rassismustheorien oder sozialpsychologische Fragen von Autoritarismus, Gehorsam und Herrschaft.

Wie sah denn zusätzlich die studentische Selbstorganisation und die Selbstverwaltung aus?

Interessant war, dass die Fragen einer anderen Lehr und Lernkultur nicht nur studentisch getragen waren, sondern aus einer gemeinsamen inhaltlichen Kritik am bestehenden Uni-Betrieb entsprangen. Sowohl fachliche als auch institutionelle Belange wurden mit allen Angehörigen des Instituts - auch mit den nicht-wissenschaftlichen Angestellten-gemeinsam beraten. Und für die Erstsemester begann das Studium mit einer Orientierungswoche, die komplett von Tutor*innen organisiert war. Dort wurden Fragen zum Studienalltag besprochen, aber es war von Anfang an ein politischer Raum, in dem unser Fach mit seiner Geschichte an dieser Uni, in dieser Gesellschaft zum Thema gemacht wurde.

Trotz der vielversprechenden Ansätze konnte die institutionelle Verankerung nicht bestehen bleiben. Was brauchen wir, deiner Meinung nach, heute um der Ökonomisierung der Hochschulen entgegenzutreten?

Unis sind als Orte für kollektive Wissensproduktion, die Produktion von Theorie für linke oder sogar sozialistische Befreiung absolut zentral. Sie sind aber längst nicht mehr elitäre Elfenbeintürme, sondern das Terrain eines neuen Prekariats. Insofern müssen sie auch Orte linker Organisierung sein, und das, was dort passiert muss noch stärker mit anderen Kämpfen, gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen zusammengebracht werden. Ihr als SDS macht das ja auf beeindruckende Weise!

Die Interviews führte Ronja Kunz



37Prozent der Studierenden in Deutschland sind armutsgefährdet - das fand die Studierendenbefragung in Deutschland im Jahr 2021 heraus. Bei Studierenden, die allein oder nur mit anderen Studierenden zusammenwohnen, liegt die Quote sogar bei 76 Prozent. Das verwundert nicht, denn gerade die seit Jahren steigenden Wohnkosten belasten Studierende stark. Haushalte, die mehr als 40 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommen für ihre Miete aufwenden, gelten in Deutschland als überbelastet. Studierende, die allein oder in WGs leben, geben im Schnitt 51 Prozent aus. Sie sind also deutlich überbelastet. In zehn deutschen Städten liegt der Durchschnittspreis für ein WG-Zimmer 2023 bei über 500 Euro im Monat. Im BAföG-Satz sind jedoch nur 360 Euro für Miete vorgesehen. Das reicht in über 70 Unistädten in Deutschland nicht. So gaben auch bei einer Sozialerhebung an der Uni Hamburg 86 Prozent finanzielle Gründe dafür an, warum sie weiterhin bei ihren Eltern leben.

Bereits 2021 konnten 38,5 Prozent der Studierende keine unerwarteten, größeren Kosten finanziell stemmen. Seitdem hat die finanzielle Belastung von Studierenden – durch Preissteigerungen (gerade bei Lebensmitteln und Energiekosten zwischenzeitlich bis zu 20 Prozent) und mangelnde Erhöhungen von Löhnen und Sozialleistungen – weiter zugenommen.

Auch die psychische Belastung Studierender hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Viele Studierende denken über einen Abbruch ihres Studiums nach, die psychologischen Beratungsstellen an den Hochschulen sind komplett überlaufen. So nahm in Hamburg die Nachfrage zwischen 2018 und 2023 um 74 Prozent zu, während in Aachen derzeit bis zu 130 Studierende pro Monat von der Beratungsstelle aus Kapazitätsgründen abgewiesen werden - auch eine Folge der jahrzehntelangen Unterfinanzierung der Hochschulen.

Natürlich sind psychologische Probleme nicht nur auf finanzielle Probleme zurückzuführen. Leistungsdruck, Nachwirkungen der Pandemie und andere Faktoren spielen hier selbstverständlich auch eine Rolle. Jedoch verstärken finanzielle Probleme die psychologische Belastung beträchtlich, sodass sie häufig Thema in den Beratungsstellen werden. Gut, dass es in Deutschland eine Förderung gibt, die Studierende finanziell unterstützen soll.

»BAföG – mehr für dich«

Die Leistung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BAföG, wurde eingesetzt als staatliche Existenzsicherung für Studierendein der Realität wird ein finanziell sorgenfreies Studium allerdings kaum ermöglicht. Die Kritik an BAföG als unzureichend und zu bürokratisch ist nicht neu. So sorgen niedrige Elternfreibeträge und andere Ausschlusskriterien dafür, dass nur noch 13 Prozent der Studierenden überhaupt BAföG-berechtigt sind. Bevor man Geld bekommt, muss man sich erstmal durch den Antrags-Dschungel kämpfen und dann häufig mehrere Monate auf das Geld

warten. Gleichzeitig entsprechen die Fördersätze schon lange nicht mehr den reellen Lebenshaltungskosten, nicht nur in Bezug aufs Wohnen. Viele Studierende starten deshalb mit einem hohen Schuldenberg ins Berufsleben. Die aktuellen Kürzungen im BAföG-Topf zeigen deutlich, dass die Ampel-Regierung nicht vorhat, an dieser Situation etwas zu ändern. Stattdessen setzt sie darauf, dass in den nächsten Jahren noch weniger Leute BAföG genehmigt bekommen, damit an der Austeritätspolitik festgehalten werden kann.

BAföG läuft dabei so schlecht und wird gleichzeitig so dringend von Studierenden benötigt, dass es leichtfällt, erstmal nur die Erhöhung der Regelsätze und der Elternfreibeträge zu fordern. Gerade für uns als sozialistischen Studierendenverband sollte die Kritik an BAföG allerdings weiter gehen.

Die Forderung nach elternunabhängigen BAföG beziehungsweise einem Studienhonorar beinhaltet auch immer eine Debatte um die Selbstwahr-

nehmung und Emanzipationsbestrebungen von Studierenden. Schon 1946 forderte die französische Studierendengewerkschaft UNEF ein Ausbildungsgehalt für Studierende. Hintergrund war das Selbstverständnis der Studierenden als (Geistes-) Arbeiter*innen. Daran anschließend behandelt auch die Hochschuldenkschrift des historischen SDS das Thema der Studienfinanzierung und forderte ein elternunabhängiges Studienhonorar (siehe S. 4) – übrigens auch für Auszubildende.

Rückzahlungspflichtig statt elternunabhängig

Durch Druck der Studierendenbewegung wurde 1971 BAföG als nicht-rückzahlungspflichtigen Vollzuschuss eingeführt. Zuvor gab es in der BRD nur das sogenannte »Honnefer Modell«, eine Begabtenförderung, die Bildungsprivilegien weiter schützen sollte. So war die Einführung von BAföG ein erster Erfolg der Bewegung. Bereits 1974 unter Helmut Schmidt wurde BAföG allerdings zu einem teilweise rückzahlungspflichtigen Kredit umgebaut und damit begann der immer weitere Abbau. Hatten bei der Einführung noch fast die Hälfte aller Studierenden Anspruch auf die Förderung, gilt dies heute nur noch für knapp 13 Prozent der Studierenden. Auch liegt der BAföG-Satz mittlerweile unterhalb der Armuts-

Ein Studium sollte frei von finanziellen Zwängen sein, aber die Forderung nach einem elternunabhängigen BAföG oder Studienhonorar geht politisch weiter. Sie setzt daran an, sich als Studierende nicht nur als Konsument*innen von Lehrveranstaltungen zu betrachten, sondern sich auch als Teil der Arbeiter*innen zu sehen, die Wissen produzieren. Gleichzeitig bietet es die Möglichkeit der materiellen Freisetzung zum selbstbestimmten und kritischen Lernen und gehört damit zu einem modernen kritischen Wissenschaftsverständnis.

Die Debatte rund um BAföG und Studienhonorarist daher immer ein politisch-symbolischer Kampf um das Selbstverständnis von Studierenden als Arbeiter*innen sowie eine Emanzipationsbestrebung. Dennoch zeigt die soziale Lage der Studierenden eindringlich, dass wir gerade jetzt ein gut funktionierendes BAföG brauchen, das inflationssicher ist.





In Deutschland arbeiten circa 300.000 studentische Hilfskräfte ohne Tarifvertrag in den Uni-Bibliotheken, als Tutor*innen oder als Forschungsassistent*innen. Die Arbeit ohne Tarifvertrag ist prekär: Kurze Verträge, keine personelle Mitbestimmung und vor allem zu wenig Lohn. Und die Arbeitgeber - die Finanzminister*innen der Länder (Tarifgemeinschaft deutscher Länder, TdL) - zeigen, trotz Lippenbekenntnissen, bisher kein wirkliches Interesse, daran etwas ändern zu wollen. Das heißt, wir müssen selbst dafür sorgen, dass sich etwas ändert. Wir müssen uns unseren Tarifvertrag erkämpfen, auch gegen Arbeitgeberinteressen.

Gemeinsam Streikbereitschaft herstellen

In den vergangenen Wochen und Monaten hat die Kampagne für den Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud) deutschlandweit in über 50 Städten Gruppen aufgebaut, Gespräche mit Kolleg*innen geführt und erste Kundgebungen veranstaltet. Daran waren wir als SDS maßgeblich beteiligt. Jetzt gilt es, diese aufgebauten Strukturen und Beziehungen zu nutzen und unseren For-

derungen mit Streiks Schlagkraft zu verleihen.

Anfang November beginnt die entscheidende Phase in den Tarifverhandlungen. Wenn sich die TdL dann weiter gegen unsere Forderungen sperrt, wird zum Streik aufgerufen. Und dann sind wir alle gefragt, denn wir müssen viele sein. Noch gehören Hochschulen tendenziell zu den schlechter gewerkschaftlich organisierten Teilen der Arbeitswelt. Das führt zu schlechten Arbeitsbedingungen in Forschung und Lehre. Deswegen gilt es sich jetzt in Gewerkschaften zu organisieren, Aktiven- und Kolleg*innentreffen zu veranstalten und so Streikbereitschaft herzustellen.

Die aktuelle Tarifrunde hat das Potenzial gesamtgesellschaftliche Sprengkraft zu bieten: Neben dem Kampf für einen TVStud, kämpfen auch Erzieher*innen und Straßenbauer*innen und Beschäftigte im Mittelbau und wissenschaftliche Mitarbeiter*innen für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Wir haben es also jetzt in der Hand, diese Tarifrunde in unserem Sinne zu gestalten. Wir haben nichts zu verlieren, aber unsere Hochschulen zu gewinnen. All together now!



Komm mit uns am 20.11. zum Hochschulaktionstag auf dem Campus. Mehr Informationen auf TVStud.de



Statt Treuepunkten sammelt **Julius** aus Hannover lieber Kettenverträge (als HiWi) und Studiensemester. **Marte** aus Osnabrück arbeitet seit 2016 an deutschen Universitäten und hat 2021 das erste Mal Urlaub nehmen können.



Die Zeitenwende wirft auch ein neues Licht auf Zivilklauseln. Es stellt sich die Frage, ob sie angesichts der aktuellen politischen Lage noch zeitgemäß sind«, schrieb Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) am 20.08.2023 in einem Gastbeitrag für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ). Darin argumentiert Stark-Watzinger unverhohlen dafür, dass die Zivilklauseln überdacht werden sollten. Diese stellen die Selbstverpflichtung der Universitäten dar, ausschließlich zu nicht-militärischen Zwecken zu forschen. Es sollte überlegt werden, wie diese umgestaltet werden können, so »dass Wissenschaftler ihrer Verantwortung im Interesse unseres Landes gerecht werden können.« Mit anderen Worten, sie plädiert für eine Ausrichtung der Wissenschaft im Einklang mit der »Sicherheitspolitik« und den Interessen des deutschen Staates im Weltsystem. »In Zeiten wachsender systemischer Rivalität« müssten hierfür die wissenschaftlichen Kooperationen mit Ländern wie China überprüft werden. Ein Bruch, der bereits im vergangenen Jahr mit russischen Forschungseinrichtungen vollzogen wurde. Damit wurde de facto die Sanktionspolitik der Bundesregierung von den Hochschulen mitgetragen. Es wird deutlich: Die Bundesregierung nimmt

bei der Aufrüstung auch die Universitäten gezielt ins Auge.

Beispiele dafür, was passiert, wenn der wissenschaftliche Apparat im Dienste des Krieges steht, sind zahlreich vorhanden. Tatsächlich fand die erste echte »Zeitenwende« in den Wissenschaften mit den Vorbereitungen für den Ersten Weltkrieg statt. Die modernen Naturwissenschaften spielten eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung neuer Waffentechnologien, die das Wesen des Krieges grundlegend verändern sollten. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Entwicklung, Erprobung und der Einsatz von Giftgas am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie, einem im Deutschen Reich gegründetem Forschungsinstitut unter der Leitung von Fritz Haber. Die Atombombe, ein Produkt des bisher größten staatlichen Forschungsprojekts, hinterließ 1945 eine unvergessliche Spur der Verwüstung in Hiroshima und Nagasaki.

Absage an die Rüstungsforschung – für friedliche Wissenschaft

Die Geschichte zeigt, dass die Verschmelzung von Wissenschaft und

Kriegsführung die weltweit dunkelsten Kapitel der Geschichte erst ermöglicht haben. In diesem Zusammenhang gewinnt die historische und gegenwärtige Friedens- und Zivilklauselbewegung an deutschen Hochschulen an Bedeutung. Die Kämpfe um die Zivilklauseln in den 1980er und 2010er Jahren sind ein Bekenntnis unzähliger Studierender und Wissenschaftler*innen zu ziviler Forschung. Sie sind damit nicht nur eine Absage an Rüstungsforschung, sondern eine Zusage an eine friedliche und progressive Wissenschaft, die der Allgemeinheit dient.

Die drängenden globalen Probleme wie die Klimakrise, bewaffnete Konflikte und weltweite Ungleichheit erfordern enge, internationale Zusammenarbeit statt Abschottung. Diese Kooperationen sind nur möglich, wenn sich Universitäten dem Frieden verschreiben und zusammenarbeiten. Diese internationale Kooperationsnotwendigkeit wurde einmal von der Mehrheit der Weltbevölkerung bei den G 77, dem Zusammenschluss von Ländern des globalen Südens innerhalb der UN, bekräftigt. Der Austausch von Wissen und Technik bildet einen zentralen Bezugspunkt zur Errichtung einer Welt, die nicht nur wenige begünstigt, sondern alle befreit. Internationale Solidarität ist

daher das Gebot der Stunde. Die Privatisierung von wissenschaftlicher Erkenntnis über Patente wurde während der Corona-Pandemie mit Menschenleben bezahlt. Nun soll die Wissenschaft auch noch das Wettrüsten mitspielen.

In einer Zeit, in der die Menschheit mit globalen Herausforderungen konfrontiert ist, sollte die Wissenschaft als treibende Kraft für Frieden und Verständigung fungieren. Wie Albert Einstein einst sagte: »Unsere Waffen sind die Waffen des Geistes, nicht Panzer und Geschosse. Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzten.«

In diesem Sinne rufen wir zur Teilnahme am bundesweiten Zivilklausel-Kongress vom 28.-29.10.2023 in Kassel auf. Mehr Infos dazu unter www.zivilklausel-kongress.dfg-vk.de

Ari (25) studiert Kulturanthropologie und Wissenschaftsgeschichte in Frankfurt a.M. und hat erkannt, dass es das Internet auch ohne Militärforschung gegeben hätte.





Freiheit – Ehre – Vaterland: Mit diesem Spruch schmückt sich beispielsweise die Burschenschaft Germania Halle zu Mainz. Treffender wäre vermutlich »Saufen – Studieren – Schlagen«. Bevor wir jedoch näher auf Mainz eingehen, schauen wir allgemein auf Burschenschaften: Was ist das überhaupt und was ist so problematisch an ihnen?

Burschenschaften sind studentische Vereinigungen, die zumeist im 19. Jahrhundert gegründet wurden. Bei dem Großteil dieser Verbindungen handelt es sich um reine Männervereinigungen. Sie folgen nationalistischen und völkischen Weltbildern und kämpfen für das sogenannte ›Vaterland«. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Antifeminismus sind fest in ihrer Identität verankert. Beispiele dafür sind der antisemitische Übergriff von Mitgliedern der Heidelberger Normannia auf das Mitglied einer anderen Verbindung 2020 und der Angriff auf ein linkes Kulturzentrum in Gießen in diesem Jahr, vermeintlich durch Mitglieder der benachbarten Burschenschaft Germania.

Während dem Studium erziehen die älteren Burschenschaftler die frisch eingezogenen jungen Männer zu Untertänigkeit und Gehorsam durch Männlichkeitsrituale wie Fechtkämpfe, das sogenannte Mensur-Schlagen, und exzessiven Alkoholkonsum. Da die Burschenschaft das Ideal des Lebensbundes anstrebt und bei Eintritt ein dementsprechender Eid geleistet werden muss, ist ein Austritt mit hohen psychologischen Hürden verbunden und gelingt nur wenigen. Des Weiteren haben Burschenschaften oftmals Verbindungen in die rechte Szene: zu (extrem) rechten Gruppen wie der Jungen Alternative oder zur autonomen Neo-Nazi-Szene.

Gruppenbilder mit Neo-Nazis und AfD Mitgliederrekrutierung

Ehemalige und aktive Burschenschaftler der Germania Halle zu Mainz sind dort Teil der Stadtratsfraktion der AfD. Dort gehören sie dem rechten Flügele der AfD an, sitzen im Vorstand der rechtsextremen Jungen Alternativen in Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus stehen sie in der ersten Reihe bei Demonstrationen der Identitären Bewegung oder machen "Gruppenbilder" mit militanten Neo-Nazis. Die AfD nutzt die vorhandene Struktur der Burschenschaft, um neue Parteimitglieder zu

rekrutieren. Die Germania Halle zu Mainz dient damit also als Kaderschmiede für rechtsextreme junge Studenten.

Die Anwerbung neuer Mitglieder erfolgt bei den Burschenschaften häufig über den Wohnungsmarkt. Alle, die schon einmal auf WG-Suche waren, kennen sie: Anzeigen, die viel zu günstig erscheinen und die man - ohne Vorwissen - anschreibt, weil man schnell ein Zimmer braucht und kein Vermögen fürs Wohnen ausgeben kann. Die Wohnungsfrage ist also ein wesentlicher Teil des Erfolgskonzepts der Burschenschaften. Wohnraum dient als Spekulationsobjekt, Leerstand und Mietexplosion werden für die kapitalistische Profitmaximierung der Immobilienakteure billigend in Kauf genommen. Die politisch befeuerte Knappheit an bezahlbarem Wohnraum treibt junge Studierende in die Arme von Burschenschaften.

In Mainz hat sich ein breites Bündnis gebildet, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Karteien über Burschenschaftler zu erstellen, und welche Gesinnungen dort zur Tagesordnung gehören. Es wurde zu einer Demo gegen das Gründungfest der Germania mobilisiert und im Vorfeld mit Flyern

und Vorträgen die Gefährlichkeit solcher nationalistischer Strukturen aufgezeigt. Rund 400 Menschen zogen durch die Stadt, auch entlang des Hauses der Germania, woraufhin diese sich in eine von der AfD gestellte Immobilie zurückzog, um ihr Fest ungestört weiterzuführen. Das zeigt: wir müssen große, kraftvolle und solidarische Bündnisse schmieden! In Zeiten von stark steigenden Umfrage-Werten für die AfD und der immer weiter nach rechts rückenden >Mitte<, muss sich die Studierendenschaft organisieren und aktiv das unscheinbare Treiben von Burschenschaften und somit die Grundlage von rechtem Gedankengut an den Unis bekämpfen! Zudem braucht es eine soziale Wohnungspolitik, damit Wohnraum kein Objekt für Profit und Spekulation ist. Angemessener und bezahlbarer Wohnraum muss für alle Menschen verfügbar sein. Machen wir es wie Berlin: Enteignen wir Wohnungskonzerne und holen uns die Stadt zurück!

Organisiert euch und kämpft gemeinsam mit uns gegen rechte Strukturen an den Unis und überall sonst! Kein Fußbreit dem Faschismus!

Finn studierte in Mainz und hat sich zur Aufgabe gesetzt, Burschis von der Uni zu jagen.

Kritische Wissenschaft und wo man sie finden kan:

Geschichte

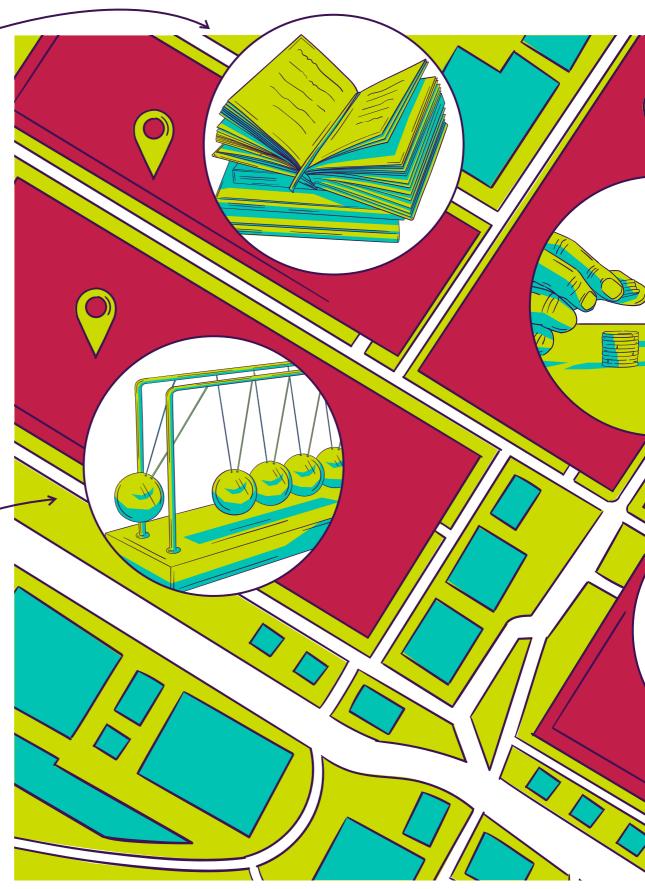
Benni

Es liegt an uns, wie wir das Gedächtnis der Menschheit (Kühnl, 1990) nutzen: Zur drögen Sortierung von Quellen, Arbeit an Nischenthemen, zynischer Attitüde gegenüber Krieg und Armut, Ideologie im Gewand ewiger Wahrheiten - bis zur Erklärung, dass alles keinen Sinn ergibt. Oder zur Untersuchung, wie Menschen selbst, unter vorgefundenen Umständen, ihre Geschichte machen (Marx, 1852). Wie das Proletariat sich durch Organisation und Streik aus dem Elend befreit (E.P. Thompson, 1963), warum der Erste Weltkrieg ausbrach (Fesser, 2014), wie die Nazis an die Macht kamen und regierten (Pätzold/Weißbecker, 2002), wie unter anderem Frauen Widerstand im NS leisteten (Hervé, 2020) und was wir für heute aus dem 20. Jahrhundert ziehen können (Hobsbawm, 1994, 1997). Als Studierende können und sollten wir Einfluss darauf nehmen, dass zukünftig die zweite, das heißt eine kritische, Geschichtswissenschaft an unseren Hochschulen dominiert.

Physik

Jonathan

Die Naturwissenschaften, darunter die Physik, werden oft als unpolitisch und objektiv beschreibend angesehen. Dabei haben diese Wissenschaften, wie alle anderen auch, eine maßgebliche gesellschaftliche Komponente. Der Finanzierung auch der grundlegendsten Forschungsprojekte gehen oft praktische, anwendungsorientierte Fragestellungen voraus. Viele dieser Fragestellungen sind militärischer oder profitorientierter Natur. Erkenntnisse aus Kern- und Teilchenphysik, Optik, sowie Computerphysik und KI sind hochinteressant, unter anderem für Rüstungskonzerne. Aus diesem Grund müssen Physiker*innen - sowohl die in Ausbildung als auch die im Berufsleben – immer auch die Konsequenzen ihrer Forschung im Blick haben und die ihr zugrundeliegenden Interessen kritisch hinterfragen. Forschungsergebnisse stehen niemals im gesellschaftlichen Vakuum.



Volkswirtschaftslehre

Hana & Franziska

Die Kritik der politischen Ökonomie handelt von... Warte mal - das Fach heißt doch Volkswirtschaftslehre? Stimmt ja. Das Studium der Volkswirtschaftslehre (VWL) beinhaltet alles, nur nicht diese drei Elemente: Kritik, Politik, Ökonomie. In Deutschland konstituiert sich die VWL hauptsächlich als Neoklassik. Ihrem Selbstverständnis nach könnte man sie beschreiben als eine Wissenschaft. von den natürlichen Neigungen des Menschen-unter Konkurrenzbedingungen und von staatlichen Eingriffen befreit - zu produktiven Höchstleistungen zu kommen (Achtung, Ironie). Die historische Entstehung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (Marx) und die Rolle, die staatliche Institutionen, Unternehmen und Finanzdienstleister spielen, ist kaum Gegenstand des Faches. Stattdessen sind die Studierenden dazu verdammt, hunderte Seiten Folien auswendig zu lernen und Optimierungsprobleme zu lösen. So werden Studierende zu besseren Taschenrechnern ausgebildet. Das kann nicht das Ziel sein. Stattdessen wollen wir eine Lehre, die zum Nachdenken anregt und eine ökonomische Wissenschaft, die nicht die Maximierung des Profits, sondern der Lebensund Arbeitsbedingungen der breiten Masse zum Ziel hat.

Kritische Psychologie

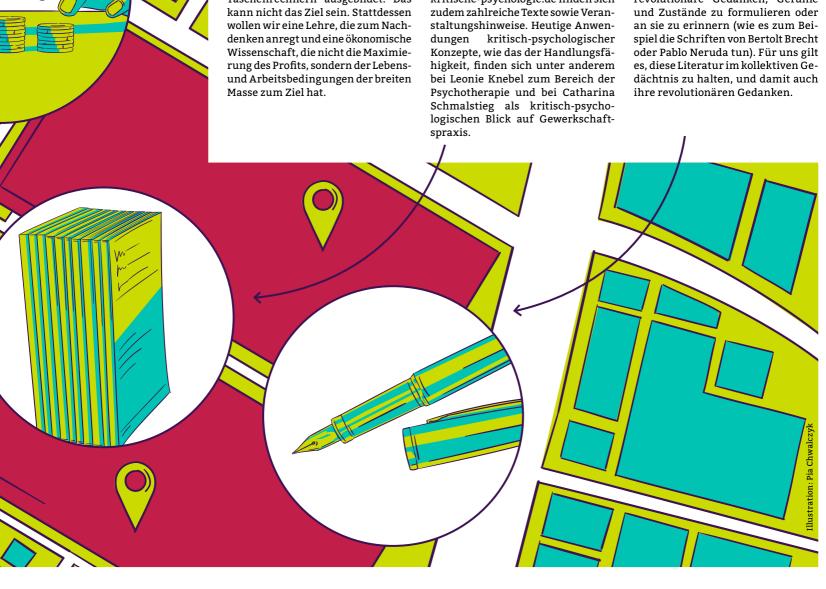
Viviane

Die Kritische Psychologie ist für alle Marxist*innen, die Psychologie studieren oder die Welt vom Standpunkt des Subjekts aus begreifen wollen, essenziell. Als »marxistische Perspektive auf den Zusammenhang von Psychologie- und Gesellschaftskritik« (Markard, M., 2009, S. 19) bietet sie all denjenigen im Mainstream-Diskurs Halt, die das emanzipatorischen Potenzial der Psychologie sehen und umsetzen möchten. Im Zuge der Studierendenbewegung, um Klaus Holzkamp entstanden, arbeitete sie seitdem daran, das Subjekt, sein Erleben und Verhalten im Kontext der gesellschaftlichen Zusammenhänge als begründet zu analysieren und die experimentelle Psychologie in ihrem herrschaftsstabilisierenden Charakter zu kritisieren. Für einen ersten Einstieg in die Kritische Psychologie, eignen sich vor allem Standardwerke wie die »Grundlegung der Psychologie« (1983, Klaus Holzkamp) oder die »Einführung in die Kritische Psychologie« (2009, Morus Markard). Auf $krit is che-psychologie. de \, finden \, sich$ dungen logischen Blick auf Gewerkschaftspraxis.

Literaturwissenschaft

Faliv

Eine kritische Literaturwissenschaft hat, wie auch andere ästhetische Wissenschaften (Kunst-, Film-, Musik- und Medienwissenschaft) und die bürgerliche Literaturwissenschaft, zunächst den Auftrag sich dem konkreten ästhetischen Objekt anzunähern. In der kritischen Literaturwissenschaft müssen nun aber zwei Sachverhalte besonders bedacht werden: Erstens der, dass jede Literatur in materiellen Sachzwängen und Realverhältnissen erdacht, erarbeitet, bearbeitet, verlegt, beworben, kritisiert und schließlich rezipiert wird. Und, dass es ihre Aufgabe wäre, zu betrachten, wie die konkreten Bedingungen dieses Produktionsablaufs waren und sind, wobei ein gesondertes Augenmerk auf Texte gelegt werden muss, die nur kaum verkauft oder Fragment geblieben sind. Zweitens muss beachtet werden, dass Literatur, insofern sie in der Lage ist, eine andere Form von Wahrheit und Argument zu formulieren, auch immer in der Lage ist, revolutionäre Gedanken. Gefühle an sie zu erinnern (wie es zum Beies, diese Literatur im kollektiven Gedächtnis zu halten, und damit auch ihre revolutionären Gedanken.





n der Universität zu Köln soll ein AProfessor seine Doktorandinnen sexuell belästigt haben, berichtete der Spiegel im Dezember 2022. Der Mitte 40-jährige Mann hatte die Frauen wohl bedrängt und erniedrigt. Die Betroffenen meldeten den Vorfall, doch der Professor konnte weiter an der Uni arbeiten. Im Zuge eines bereits 2019 eingeleiteten Disziplinarverfahrens erlebten sie Parteilichkeit zugunsten des Professors und »victim blaming« (Beschuldigung des Opfers anstelle des Täters für die sexuelle Gewalttat). Sie gerieten in Situationen, in denen der Täter und dessen Anwalt mit ihnen in einem Raum waren und sie sich quasi einem Verhör stellen mussten, so berichtet der erste Ast A-Vorsitzende Ben Himmelrath. Der Spiegel-Artikel entblößt »ein absolutes Versagen der institutionellen Strukturen an der Uni«, denn »insbesondere in Abhängigkeitsund prekären Beschäftigungsverhältnissen wie bei Doktorandinnen und Doktorvätern an Universitäten müssen unabhängige und sichere Anlaufstellen bei Beschwerden gegeben sein!«, so Himmelrath.

Ein weiterer exemplarischer Fall ist der eines Dozenten der Alten

Geschichte an der Humboldt Universität Berlin, dessen übergriffiges Verhalten wohl schon seit über 20 Jahren ein offenes Geheimnis war. Im Juli veröffentlichte das Kollektiv »Keine Uni für Täter« die Vorwürfe gegen den Dozenten in einem Beitrag auf »indymedia«, woraufhin sich auf der Plattform »Twitter« (mittlerweile »X«) mehrere ehemalige Studentinnen und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen zu Wort meldeten und von ihren eigenen Erfahrungen der sexuellen Belästigung berichteten. Schon 1997 gab es anscheinend erste Kritik am Dozenten. Zehn Jahre darauf folgte wohl eine Abmahnung aufgrund von sexueller Belästigung und damit der unfreiwillige Rücktritt als Studiendekan, heißt es in einer Stellungnahme des AStA.

Unsinnige Regeln statt angebrachter Ernsthaftigkeit

Die einzige bis Juli ergriffene Maßnahme war ein Hinweis auf der Website der Universität, der weiblich gelesene Studierende darüber informierte, dass sie an der Sprechstunde des Dozenten nur in Begleitung der Frauenbeauftragten der Philosophischen Fakultät teilnehmen sollten. »Die Universitätsverwaltung erstellt lieber unsinnige Regeln über die Durchführung von Sprechstunden, als die Uni endlich zu einem Ort zu machen, der mit der angebrachten Ernsthaftigkeit und den erforderlichen Konsequenzen auf patriarchale Gewalt reagiert«, heißt es im Artikel von »Keine Uni für Täter«. Im August verkündete die Humboldt-Universität nun die Freistellung des Dozenten. Gleichzeitig wurde bekannt, dass gegen einen weiteren Dozenten der Geschichte ein Disziplinarverfahren wegen Vorwürfen sexualisierter Gewalt läuft.

Die hier beschriebenen Fälle sind lediglich aktuelle Beispiele für ein strukturelles Problem. Sexualisierte Gewalt wird genauso an Unis ausgeübt wie an allen anderen Orten in unserer Gesellschaft. Sexismus ist auch hier Teil der Lebensrealität von weiblich gelesenen Personen. Zudem begünstigen personelle Abhängigkeiten und ungleiche Machtverhältnisse im akademischen Betrieb eine Kultur des Schweigens, die die Täter schützt. Eine europaweite Umfrage ergab, dass fast jede*r Dritte der

befragten Studierenden und Mitarbeitenden an Universitäten sexuelle Belästigung erfahren hat, doch nur 13 Prozent von ihnen den Vorfall gemeldet haben. Aber um Fälle sexualisierter Gewalt aufzuarbeiten, muss darüber gesprochen werden. Universitätsleitungen können Machtmissbrauch und sexualisierte Gewalt noch so öffentlichkeitswirksam verurteilen. Wenn Unis zu wenig Strukturen zur Unterstützung von Betroffenen schaffen und Betroffene daher Angst haben müssen, dass sie nicht ernst genommen werden oder ihren Job verlieren, machen sie sich mitschuldig.

Es wird höchste Zeit, dass wir das Schweigen brechen, Schutzräume für Betroffene schaffen und von Universitäten eine Null-Toleranz-Politik im Umgang mit Machtmissbrauch und sexualisierter Gewalt fordern!

Chrissy (23) ist seit 2 Jahren beim SDS aktiv, studiert in Düsseldorf und kann das Ende das Patriarchats langsam nicht mehr abwarten.





Unter dem Hashtag #IchbinHanna werden Befristungspraxis und prekäre Arbeit in der Wissenschaft kritisiert. #IchbinReyhan geht darüber hinaus und lenkt die Aufmerksamkeit auf den tief verwurzelten Sexismus und Rassismus im deutschen Wissenschaftssystem.

m 11. Juni 2021 schrieb Dr. Rey-Ahan Şahin (@LadyBitchRay1) auf der ehemals als Twitter bekannten Kurznachrichtenplattform X: »Ich bin Reyhan, 39, Sprach-, Migrations-& Rassismusforscherin. Ich hatte noch nie ne Uni-Stelle, finanzierte meine Promotion, Postdoc (& jetzige Habilitation) mit selbst beantragten Stipendien. Forscher:innen of Color aus nicht-akademisierten Familien haben's in der Fuckademia eindeutig schwerer als Kinder von weißen akademisierten Familien, & auch wenn das niemand zugibt, bekommst du es tagtäglich zu spüren. [...] Nun sagt mir bitte: #BinIchHanna? Werde ich jemals #IchbinHanna sein ? & kann ich als #IchbinHanna sprechen? Nein. Das kann ich nicht. Denn #IchbinReyhan, werde immer #ReyhanBleiben & versuchen als Bildungsaufsteigerin of Color in diesen problematischen Strukturen zu überleben«.

#IchbinReyhan war geboren. Dieser Hashtag beleuchtet die blinden Flecken der Online-Kampagne #Ichbin-Hanna, welche wiederum als Reaktion auf einen zynischen Erklärfilm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) entstand. #IchbinHanna kritisiert vor allem Befristungspraxis und prekäre Arbeitsbedingungen im akademischen Mittelbau. Die pro-

movierte Linguistin und ehemalige Rapperin Şahin alias Lady Bitch Ray wiederum richtet mit ihrem Beitrag die Aufmerksamkeit auf diejenigen, die aufgrund der diversen Ausschlussmechanismen im deutschen Hochschulsystem gar nicht erst die Möglichkeit einer Anstellung im akademischen Betrieb erhalten. Heute werden die beiden Hashtags gerne in Kombination an einschlägige Tweets angehängt.

Echte Vielfalt nicht in Sicht

In ihrem 2019 erschienenen Sachbuch »Yalla, Feminismus!« kritisiert Sahin die Nachwehen der 700 komplett frauenlosen Jahre in der Geschichte der deutschen Wissenschaft, die bis heute zu spüren sind. Erst vor etwa 100 Jahren öffneten sich die Universitäten für weibliche Studierende. Auch Schwarze Menschen und People of Color sieht Şahin, selbst Tochter von Arbeitsmigrant*innen, unterrepräsentiert und prangert die sogenannte Tokenisierungs-Praxis der deutschen Hochschulen an, durch die Diversität lediglich vorgetäuscht wird. Bis auf die damit einhergehende Präsenz Schwarzer Wissenschaftler*innen und/oder Wissenschaftler*innen of Color in öffentlichkeitswirksamen

Positionen, ist für sie echte Vielfalt an den deutschen Unis nicht in Sicht. Sahin sah sich zudem mehrfach damit konfrontiert, Forschungsvorhaben und Stellen an Universitäten aufgrund ihrer musikalischen Vergangenheit verwehrt zu bekommen – wobei immer so getan wurde, als schränke ihre Tätigkeit als Rapperin Lady Bitch Ray ihre wissenschaftliche Kompetenz ein. Als Person, die sich sowohl in der Rapwelt als auch in der deutschen Unilandschaft bewegt(e), resilmierte sie einst in der Süddeutschen Zeitung, dass »gegen den Sexismus in der Wissenschaft Rap ein Kindergeburtstag« sei.

Eine umfassende Kapitalismusanalyse, die neben der Sphäre der Produktion auch nichtökonomische Faktoren einschließt, zeigt uns auf, wie unser Gesellschaftssystem Rassismus und Sexismus bedingt. Diese Strukturen schlagen sich auch im Wissenschaftsbetrieb nieder und müssen dort, wie im Rest der Gesellschaft, bekämpft werden. Deshalb reicht #IchbinHanna nicht aus. Durch das Hinzuziehen von Şahins Kritik an patriarchalen Machtasymmetrien, systematischer Diskriminierung Schwarzer Wissenschaftler*innen und/oder Wissenschaftler*innen of Color und der Verweigerung der Fuckademia allen gegenüber, die sich diesem System nicht anpassen wollen, können wir unseren Horizont erweitern, wie sich der Kampf für ein emanzipatorisches Hochschulsystem gestalten sollte.

Şahin selbst zieht in in "Yalla, Feminismus" folgendes Fazit: "Deshalb habe ich mir vor einigen Jahren ein eigenes Institut in meinem Kopf gegründet, im Rahmen dessen ich unabhängig und selbstständig, ohne jeglichen Hierarchiedruck oder Ausgrenzungen in Ruhe arbeiten kann. Meine Arbeitsplätze sind die Bibliotheken der deutschen Universitäten – kann ich nur allen unabhängigen, kritischen und diskriminierten Dr. Bitches weiterempfehlen, ein Hoch auf diese gut klimatisierten Bitchiotheken!"

Es gilt dafür zu kämpfen, dass die kritischen Dr. Bitches dieses Landes in den Instituten deutscher Unis ankommen – damit der gemeinsame Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen von Reyhan und Hanna endlich zum Erfolg führt.

Lea Klingberg studiert Medienwissenschaft in Bonn und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft. Im Kampf für den TVStud wünscht sie sich Solidarität vom wissenschaftlichen Mittelbau.





Am 26. Juli 2023 wurde Nigers Präsident Mohamed Bazoum durch die eigene Leibgarde inhaftiert. Das Militär setzt einen Nationalen Sicherheitsrat ein, die Verfassung außer Kraft, verhaftet viele Minister und verkündet eine bis zu dreijährige Übergangsregierung.

Niger wurde politisch destabilisiert. Durch Terroristen im Nachbarland Libyen, seit eine NATO-Militärintervention 2011 den Staat zerstört hat. Doch auch westliche Truppen, eigentlich für »Anti-Terror«-Einsätze vor Ort, schüren Hass. Ihr Krieg trifft oft die Bevölkerung, die Besatzung ist korrupt und repressiv. Besonders unbeliebt ist die einstige Kolonialmacht Frankreich. In Guinea sowie den direkten Nachbarländern Mali und Burkina Faso gab es deswegen bereits 2021 und 2022 Putsche. Die Militärs versuchten, mit eigenen Truppen in regionaler Kooperation die Terroristen selbst zu besiegen. Dabei half ihnen die »Wagner-Gruppe« eine russische Söldnerfirma.

Die Afrikanische Union, die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und die EU verurteilen den Putsch. ECOWAS und Frankreich drohten mit Militärintervention, wenn Bazoum nicht wieder ein-

gesetzt wird. Nigers Nachbarländer Algerien und Tschad sowie die Afrikanische Union sprachen sich hingegen gegen eine Intervention aus. Mali und Burkina Faso haben sich bereits mit Niger gegen den drohenden Angriff verbündet. Die Militärintervention ist bis dato ausgeblieben. Die ECOWAS-Staaten haben dafür zu wenig Rückhalt.

Die Militärs im Niger weisen die Drohungen bisher zurück. Sie fordern französische Truppen auf, das Land zu verlassen. Die Bundeswehr und die US Army, die in Agadez die größte Drohnenbasis Afrikas unterhält, werden hingegen bislang geduldet. Auch wenn es Gespräche gab, hielt die ECOWAS an ihrer Drohung fest. Trotzdem solidarisierte die Bevölkerung Nigers sich mit den Militärs. Auf Demonstrationen wurden nigrische, russische und algerische Fahnen geschwenkt.

Rendite für Investoren, Atommüll für Bewohner

Niger zählt zu den ärmsten Ländern der Welt – aber nicht an Rohstoffen: Fünf Prozent des Urans weltweit werden hier abgebaut, unter sozial wie ökologisch katastrophalen Bedingungen. Die Rendite landet bei ausländischen Investoren – der radioaktive Abfall bleibt im Land und landet teils sogar im Straßenbau. Vor allem französische Konzerne wie »Orano« profitieren; durch den »CFA-Franc«, eine von Frankreich kontrollierte Währung in Westafrika, wird Niger neokolonial unterdrückt. Die Versorgung im Land ist katastrophal, vor allem aufgrund der Wirtschaftssanktionen der ECOWAS.

Wahrscheinlich scheint zurzeit ein Deal zwischen den nigrischen Militärs, ECOWAS und den westlichen Staaten - zu (etwas) besseren Konditionen für Niger. Mehr Anteil an Urangewinnen, allmählicher Rückzug westlicher Truppen, stärkere regionale Zusammenarbeit. Doch auch eine gewaltvolle Vertreibung westlicher Truppen ist denkbar. Schlimmstenfalls kommt es zu einer militärischen Intervention - ein Krieg, der Mali und Burkina Faso einbeziehen und die Sahelregion verwüsten würde. Doch daran hat auch die EU kein Interesse; für sie spielt der Niger eine zentrale Rolle in der aktuellen Grenzpolitik und der Aufrechterhaltung der Festung Europas.

Die politische Linke muss fordern: Bundeswehr raus aus Niger! Nachdem sie aus Mali ausgewiesen wurde, ist sie nach Niger ausgewichen. Nun muss sie heim. Auch sie destabilisiert das Land. Deutschland darf sich nicht einmischen, auch nicht ökonomisch: Keine Wirtschaftssanktionen gegen Niger – das Land steht am Rande einer Hungerkatastrophe! Darüber hinaus muss Deutschland seine Sahel-Politik radikal ändern: Schluss mit unfairen Handelsabkommen - Freihandel für deutsche Produkte auf nigrischen Märkten, aber Protektionismus deutscher Märkte gegenüber nigrischen Produkten - und Schluss mit sogenannten »Flüchtlingsabkommen«. Die EU darf Niger nicht zur Verwahrung und Bekämpfung von Flüchtlingen missbrauchen! 🖈

[Anm. d. Red.: Der Text wurde im September 2023 geschrieben. Mehr aktuelle Berichte darüber in der jungen Welt und bei Telepolis. Zur Vertiefung ist Ȇberleben im Goldland« von Jörg Goldberg zu empfehlen.]

Benni Roth studiert Ästhetik in Frankfurt am Main und sieht gerade die Dominosteine der multipolaren Weltordnung fallen.





Kaum eine politische Konfrontation oder ein militärischer Eingriff wird heute nicht mit den Menschenrechten begründet. Dabei treten die westlichen Staaten und besonders die USA als Verfechter dieser Menschenrechte auf - Staaten, die sich selbst nicht an völkerrechtliche Menschenrechte halten: Denn soziale Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit, auf Nahrung, auf eine Wohnung, auf Erziehung und so weiter sind hier noch lange nicht anerkannt und durchgesetzt. Die USA brechen sogar Menschenrechte wie das Folterverbot, die selbst unter den kapitalistischen Ländern längst anerkannt wurden.

Wie also können Staaten, die Menschenrechte missachten, damit durchkommen? Sie geben ihre ganz eigene Definition der Menschenrechte vor. Dabei geht es nicht um das, was im Völkerrecht steht und schon gar nicht um die menschliche Emanzipation. Vielmehr wird die Definition der Menschenrechte an die westliche Zivilisation gekoppelt und dabei auf ein kapitalistisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell reduziert. Nach dieser Definition benennen sie sich als Eigentümer und Ursprung der Menschenrechte.

Sie können die Menschenrechte gar nicht brechen, egal was im Völkerrecht steht.

Der westliche Anspruch ist also nicht die Menschenrechte, die im Völkerrecht definiert sind, umzusetzen, sondern den Weg und das kapitalistische System der westlichen Zivilisation, weiterzuverfolgen. Es ist ein totaler und imperialer Anspruch der dominierenden kapitalistischen Staaten. Gemäß dieser Erzählung sind Katastrophen wie Armut, Kriege oder Umweltzerstörung Kollateralschäden, die als Preis für kapitalistische Freiheit und Fortschritt in Kauf genommen werden müssten. Eine einfache Bezeichnung von Staaten als »Schurkenstaaten« genügt, um diese unter Kriegsdrohung zu stellen und zu erpressen. Was der UN-Menschenrechtsrat dazu zu sagen hat, interessiert nur, wenn es mit ihrem eigenen Weltbild zusammenfällt.

Humanitäre Intervention statt Zivilisierungsmission

Die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak sieht

dieses Prinzip als eine »Art Sozialdarwinismus«. Sie zieht geradlinige Parallelen zwischen der Rechtfertigung der Kolonisierung als »Zivilisierungsmission« und der Rechtfertigung von neokolonialen Interventionen mit dem abstrakten Konzept der »Menschenrechte«. Die tatsächlichen Gründe hinter den militärischen Interventionen sind dabei nie die Menschenrechte, genauso wenig, wie es bei der Kolonisation um »Zivilisation« ging. Die Motivation für Krieg und Interventionen sind immer ökonomische und politische Gründe, wie beispielsweise die Sicherung von Ressourcen, die Ausbeutung von Arbeitenden oder die Bezwingung eines Konkurrenzsystems – wie des Sozialismus – das dem Kapitalismus entgegensteht. Die Menschenrechte sind eine Waffe, die von den westlichen Ländern gegen ihre Gegner genutzt wird. Dabei haben die »humanitären Interventionen«, die mit ihnen gerechtfertigt wurden, betroffenen Staaten und ihren Bürger*innen keine Menschenrechte gebracht. Ein Beispiel ist der Überfall auf Jugoslawien: Das Ausmaß an Zerstörungen durch diese »humanitäre Intervention« wurde durch keinen auch nur abstrakten Gewinn an Menschenrechten kompensiert. Das tatsächliche Ziel war eine Vorherrschaft des Westens beziehungsweise der USA im postsowjetischen Europa. Die Zerschlagung des noch verbliebenen Staatenzusammenhangs auf dem Balkan hat das Sicherheitsvakuum Osteuropas zerstört. Wie es um die Menschenrechte beim Abzug der NATO-Truppen stand, hat niemanden mehr interessiert.

Auch wenn vergangene militärische Interventionen unter dem Feigenblatt der Menschenrechte mehr Zerstörung als Menschenrechte gebracht haben, zieht das Argument der Menschenrechte weiterhin sehr gut. Daher wird es immer wieder gern gegen befeindete Staaten benutzt. Als diejenigen, die eine tatsächliche menschliche Emanzipation anstreben, sollten wir uns dafür nicht instrumentalisieren lassen. Wer mit einem abstrakten Konzept an Menschenrechten argumentiert, ohne sich selbst an alle Menschenrechte zu halten, schadet nicht nur den Menschenrechten, sondern hat sicherlich andere Ziele.

"wlinke theorie" vermittelt auf Instagram und als Podcast Ansätze, Begriffe und Argumente aus politisch-linker Perspektive.

Für einen strategischen Neuanfang der Klimabewegung

Kaum ein Thema ist in diesem Jahrhundert so wichtig wie der Kampf gegen den Klimawandel. Doch während die Politik regelmäßig dringend notwendige Entscheidungen hinauszögert und blockiert, schwindet der gesellschaftliche Protest. Was brauchen wir für eine kämpferische und erfolgreiche Klimabewegung, die effektiv Druck aufbauen kann?

 $\mathbf{D}^{ ext{er}}_{ ext{gerechtigkeitsbewegung hat den}}$ Charakter eines Rückzugsgefechtes angenommen. »Fridays for Future«, die 2019 noch in der Lage waren, allein in Berlin 270.000 Menschen zu mobilisieren, müssen sich 2023 mit 24.000 Menschen zufriedengeben nach Angaben der Polizei sogar mit knapp 13.000. Nicht nur die bloße Präsenz auf der Straße ebbt ab, die Zustimmung in der Bevölkerung schwindet ebenfalls: Stimmten 2021 noch 68 Prozent der Befragten in einer Umfrage des More in Common Thinktanks den Zielen der Klimabewegung zu, waren es im Frühjahr 2023 nur noch 34 Prozent. Auch lokale Kämpfe, die über bloße Präsenz und Diskurshoheit hinausgehen - wie im Falle der Besetzung des Dannenröder Forstes oder Lützeraths sind verloren.

Die Menge derer, die in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv sind, schrumpft; gleichzeitig verschieben sich die Aktivitätsfelder und Aktionsformen. Ein Versuch, erneut gesellschaftliche Relevanz zu erlangen, stellen die Bemühungen der »Letzten Generation« dar. Diese sind gescheitert, da es sich hierbei nur um eine Intensivierung bekannter Formate handelt, nicht um einen strategischen Neuanfang.

Um diesen strategischen Neuanfang, abseits von klassischen Akti-

onsformen, wie Demonstrationen, Besetzungen und Blockaden in die Wege zu leiten, brauchen wir einen »labour turn« der Klimagerechtigkeitsbewegung. Darunter verstehen wir, Interessen von Arbeiter*innen in den Mittelpunkt der Strategie von Klimaaktivist*innen zu stellen. Die Abwesenheit streikender Schüler*innen und Student*innen zieht keine unmittelbaren materiellen Konsequenzen nach sich: Es werden keine Profitinteressen verletzt, maximal handelt es sich um einen gesellschaftlichen Tabubruch. Streiken hingegen Arbeiter*innen, wird der Produktionsfluss blockiert, Waren und Dienstleistungen können nicht mehr verkauft werden, was einen direkten Machthebel darstellt.

Lohnerhöhungen zusammen mit Ausbau für den ÖPNV

Dieser Machthebel kann verschieden genutzt werden: Forderungen für Lohnerhöhungen, weniger Arbeitszeit, mehr Urlaubstage und so weiter – Ziele, welche die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten betreffen. Er kann allerdings auch für gesamtgesellschaftliche Ziele genutzt werden: Ausbau des ÖPNV und Förderung von günstigeren Preisen wie zum Beispiel dem 9-Euro-Ticket, Subvention umweltfreundlicher Produkte, Streichung fossiler Subventi-

onen und vieles mehr.

Ein vielversprechendes Möglichkeitsfenster stellt die Tarifverhandlung des öffentlichen Nahverkehrs (TVN) dar. Gegen Anfang des Jahres werden in allen Bundesländern - mit Ausnahme von Bayern - rund 80.000 Arbeiter*innen des öffentlichen Nahverkehrs aus der Friedenspflicht entlassen und befinden sich in Tarifverhandlungen. Damit eine Tarifverhandlung erfolgreich ist, braucht es nicht nur eine hohe Quote zum Streik bereiter Arbeiter*innen, es braucht auch ein hohes Maß an gesellschaftlichem Rückhalt. Wenn es gelingt, ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Notwendigkeit eines gut funktionierenden öffentlichen Nahverkehrs zu schaffen wozu attraktive Arbeitsbedingungen und ein Ausbau des ÖPNV gehören – gerät die Arbeitgeberseite und damit die Politik unter Druck, umfassenden Änderungen stattzugeben.

Zu diesem Zweck wurde die Kampagne #wirfahrenzusammen ins Leben gerufen. Es ist ein erster Versuch, Klima- und Arbeitskämpfe in Deutschland zusammen zu denken. Sollte es gelingen, gemeinsam mit den Beschäftigten des ÖPNVs einen Ausbau des ÖPNV sowie substantielle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, wird die Strahlkraft auf kommende Tarifverhandlungen immens sein und der Klimabewegung neuen Aufwind

verschaffen. Zugleich schafft eine erfolgreiche Kooperation zwischen Beschäftigten und Aktivist*innen die Möglichkeit politischen Austausch über verschiedene Themen – wie den Zusammenhang zwischen Wachstumsimperativen, Ausbeutung und Umweltzerstörung in große Teile der Bevölkerung zu tragen.

Um aber nicht nur den Ausbau des ÖPNVs, sondern tatsächlich die Verkehrswende und eine klimagerechte Zukunft zu erkämpfen, müssen wir mehr werden und überall Arbeitsmit Klimakämpfen verbinden. Lasst uns dafür unsere öko-marxistische Analyse in die Praxis überführen und uns gemeinsam die Kampagne #wirfahrenzusammen unterstützen!





er kolumbianische Verwaltungsbezirk La Guajira ist durch die Extraktion von Kohle aus der Kohlemine »El Cerrejón«, einer Tochtergesellschaft des multinationalen Unternehmens Glencore, geprägt. Die Regierung unter Gustavo Petro hat ihre Absicht erklärt, La Guajira durch den Bau von Windparks zum Zentrum der Energiewende zu machen. Die Umsetzung scheint jedoch eher im Dienste des Finanzkapitals zu stehen als in dem der lokalen Gemeinschaften. Das sagen zumindest die ansässigen indigenen Gemeinschaften der Wayuu, zu denen Jazmín Romero Epiayú gehört. Sie ist Mitglied der »Feministischen Bewegung der Kinder und Frauen Wayuu« und der »Hüterinnen des Windes« (deutsche Übersetzung).

Jazmín, wie sieht es mit der Energiewende im Wayuu-Gebiet aus?

Komplex. Diese Windparks kommen mit voller Wucht. Die Aussage ist klar: Das Volk der Wayuu soll ausgelöscht, vernichtet werden. Das ist die Logik der multinationalen Konzerne ebenso wie der Regierung. Mit anderen Worten: Es gibt keine wesentliche Veränderung, zu dem was sie mit allen Gemeinden im Süden von La Guajira gemacht haben, als es um den Kohletagebau und die Eisenbahnlinie ging. Aber was wir bei den 57 entstehenden Windparks sehen, ist erschreckend. Dabei hat sich nämlich ihre Kriegstaktik gegen uns ein wenig verändert.

Die Konsultation [Anm. d. Red.: Die "Vorherige Konsultation" ist eine Bestimmung im kolumbianischen Gesetz, die Unternehmen verpflichtet, vor dem Beginn von Extraktionsprojekten freie und informierte Befragungen in den betroffenen Gemeinschaften durchzuführen] in der Gemeinde von Bayahonda ist so beängstigend, weil sie zu dem Schluss kommt: Alles, was hier passieren kann, das heißt vor allem die Bandenkriminalität, ist Schuld der Gemeinschaft, nicht des Unternehmens. Es ist eine Aufforderung zur Gewalt. Sie stiften die Gemeinschaft dazu an, sich gegenseitig zu töten. Sie schüren also einen internen Konflikt. Das ist die Taktik des Unternehmens. Und die Regierung weiß das.

Darüber hinaus gibt es noch ein weiteres Phänomen. Um diese Parks herum gibt es sechs bewaffnete, illegale Gruppen. So viele Gruppen hat es in einem Verwaltungsbezirk noch nie gegeben, nicht einmal in der Geschichte des Paramilitarismus. Es geht also darum, das Volk der Wayuu vollständig zu vertreiben. Hier geht es um die Kontrolle über das Gebiet - vonseiten des multinationalen Konzerns und von Seiten der illegalen Gruppen, die sich mit dem multinationalen Konzern verbünden, um deren Interessen zu schützen. In der Gemeinschaft herrscht derweil Angst. So war es für das Unternehmen vielleicht einfacher, sich den Vorschlag der illegalen Gruppen zunutze zu machen. Möglicherweise, ich habe keine Beweise dafür.

Die Petro-Regierung meint,
vorherige Konsultationen seien
ein Hindernis für die Entwicklung der Windenergie. Was steckt
hinter diesen neuen Prozessen der
vorherigen Konsultation und sind
sie immer noch so manipuliert
wie in der Vergangenheit?

Jetzt sind sie noch perverser und manipulierter. Denn es ist die Kommerzialisierung des großen Hungers der Menschen. Petro kam hierher, nach La Guajira, mit dem Märchen der Energiewende. Viele glauben, sie würden zu Partnern. Aber was für eine Partnerschaft? Wenn die Konzessionen vollständig an multinationale Unternehmen vergeben werden, wie wollen wir dann dort mitspielen? Und wenn die Bedingungen für die Unternehmen ungleich sind, weil die jetzige und die vorherigen Regierungen den multinationalen Konzernen das Spielfeld bereitet haben, aber nicht die Grundlage für den Bau von Infrastrukturen oder die Diversifizierung der Strukturen in dem Gebiet vorangetrieben hat, wie wollen sie dann zu Partnern werden?

Die Vereinbarungen, die Petro getroffen hat, hat er mit den Verhandlungsführern hier vor Ort getroffen, die genauso opportunistisch sind wie er – nicht mit den Gemeinschaften. Mit anderen Worten: Das sind Konsultationen mit denen, die nicht die ursprünglichen Besitzer des Gebiets sind. Ist das legal? Nein, ist es nicht, die Gesetzgebung unterstützt aller-

dings nur die Kapitalinteressen statt die der Bevölkerung. Wir wollen, dass die Konsultationen ausgesetzt werden und dass alle, die stattgefunden haben, überprüft werden. Doch das wird Petro nicht tun. Wenn er wirklich die Veränderung wäre, würde er sagen: Das mache ich. Aber er wird es nicht tun, weil seine Regierung im Interesse des Finanzkapitals agiert. Diese Regierung ist schlimmer. Sie hat das alles gepusht.

Das Interview führte Alejandro Gómez Laverde



Jazmín Romero Epiayú

Alejandro (24) kommt aus Kolumbien und studiert Politikwissenschaften und Geschichte in Frankfurt am Main. Er ist beim SDS und in der kolumbianischen Arbeitsgruppe "Aktion Guajira" aktiv.





Studieren ist für viele eine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung, dabei bedeutet Studieren immer auch Leistungen erbringen, um am Ende einen Abschluss zu erhalten. In unserer neoliberal ausgerichteten Gesellschaft ist ein abgeschlossenes Studium meist die Grundlage für eine berufliche Karriere. Die Anforderungen an Studierende vermitteln klar, welche Fähigkeiten und Verhaltensweisen ein Mensch mitbringen muss, um als »funktionierendes« Mitglied der Gesellschaft anerkannt zu werden.

Klausuren und Fristen können enormen Stress auslösen. Das Studium in Regelstudienzeit abzuschließen, ist für die meisten ein unrealistisches Unterfangen. Trotzdem sind BAföG und Stipendien oftmals an das Erbringen von Leistungen und Einhalten der Regelstudienzeit gebunden. Dieser Widerspruch zwischen Erwartungen und Realität wird noch schwerwiegender durch die schiere Menge an Studierenden, die auf diese Zahlungen angewiesen sind.

Unsere Gesellschaft ist nach einem neurotypischen Ideal ausgerichtet. Es ist die logische Konsequenz eines Systems, in dem der Wert eines Menschen an seinen wirtschaftlichen Nutzen gekoppelt ist. Für neurodivergente Menschen sowie Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen ist ein Anpassen an die Erwartungen dieser Gesellschaft,

also oft eine besondere Belastung. Das bedeutet, dass ihr sozioökonomischer Hintergrund eine noch größere Bedeutung dafür hat, ob sie studieren können. Menschen, denen Barrieren die volle und gleichberechtigte Teilhabe an dieser Gesellschaft nicht ermöglichen, können zwar eine Verlängerung des BAföGs beantragen, allerdings ist dafür auch eine Diagnose und ein Nachweis nötig, dass die sogenannte Behinderung Grund für die Verzögerung ist. Diese fehlen oft, zumal Diagnoseverfahren häufig noch veraltet sind oder die nötige Infrastruktur nicht vorhanden ist. Da Neurodivergenz in vielen Fällen unsicht-bar ist oder viele neurodivergente Menschen damit nicht offen umgehen können oder wollen, wird dies zusätzlich deutlich erschwert.

Verweigerung der gleichberechtigten Teilhabe an Gesellschaft

Die Universität existiert nicht losgelöst von der Gesellschaft, weswegen das Kernproblem auch nicht auf dem Campus zu finden ist. Die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sind für Menschen mit Behinderung und neurodivergente Menschen immer noch schwierig. Für den freien Markt spielen die Leistungsanforderungen eine noch größere Rolle und werden mit noch größerer Härte durchgesetzt als an der Universität.

Neurodivergente Menschen erleben am Arbeitsplatz die gleichen Probleme wie an der Universität. Nur steht außerhalb des Campus die Lebensgrundlage auf dem Spiel. Menschen mit Behinderung werden oft immer noch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und müssen in separaten Werkstätten arbeiten. Es gilt dort nur ein »arbeitnehmerähnliches Rechtsverhältnis«, sodass der Mindestlohn dort nicht gilt: Ein trauriger Beweis dafür, wie überfordert der Kapitalismus damit ist, seinen Ausbeutungswahn mit der Menschenwürde vereinbar zu machen.

Während die Universität oft als Ort der Selbstverwirklichung dargestellt und wahrgenommen wird, ist sie im kapitalistischen System aber tatsächlich ein Ausbildungsort für die, die es sich leisten können, sowohl finanziell als auch psychisch. Ein Hochschulabschluss ist schließlich mittlerweile meist Voraussetzung für eine ganze Bandbreite an Berufen.

Inklusion würde das kapitalistische System nämlich vor die Frage stellen: Wieso Menschen an der bestmöglichen Ausbildung teilhaben sollten, wenn diese nicht in der Lage sind, Höchstleistungen zu bringen und für das System →richtig zu funktionieren? Somit kann eine vollkommen inklusive Uni in diesem profitorientiertem System nicht existieren. ★

Begriffserklärung

Neurodivergenz dient als Sammelbezeichnung für verschiedene neurologische Konditionen, darunter fallen das Autismus-Spektrum, AD(H)S, Persönlichkeitsstörungen und weitere. Neurotypisch steht im Gegensatz dazu als Begriff für einen neurologisch nicht abweichenden Typus, der den Großteil unserer Gesellschaft ausmacht.

Die Bezeichnung »Störung« ist in der Medizin noch üblich, aber umstritten und wird von Teilen der Community abgelehnt. Ein Framing das Menschen nicht funktionieren, ist besonders der neoliberal geprägten Gesellschaft und ihrer exkludierenden Natur geschuldet.

Dario promoviert derzeit in Mainz, während Lynn Thomas (Foto) Freiversuche wie Semester sammelt. Beide sind neurodivergent, was sich beim Prozess dieses Artikels auch gezeigt hat.





Pinke Bikinis, straffe Körper und ein Matriarchat. Greta Gerwigs Barbie liefert träumerische Welten, beeindruckendes Set-Design, ein lustiges Skript, und das Patriarchat gibt es auch nicht. Ein Hollywood-Blockbuster macht Feminismus also zum Gesprächsthema Nummer eins. Das ist gut so! Zu wenig kann nicht über Sexismus gesprochen werden, und Begriffe wie Patriachat breiter zu präsentieren ist wichtig, schade nur, dass der Film ein falsches Bild der strukturellen Unterdrückung zeichnet. In Barbieland sind Barbies Präsidentinnen, Ärztinnen und Juristinnen. Kens hingegen sind außen vor. Eine unvergleichbare Ungerechtigkeit, wie der Film später feststellen wird. Durch eine Verkettung von Zufällen verlassen Barbie und Ken die matriarchale Utopie und entdecken die Schrecken der echten Welt: Frauen sind unterdrückt. Ken, der in Barbieland unzufrieden mit seiner Rolle als Sidekick ist, lernt über das Patriarchat. Eine Gesellschaftsform, in der nicht Barbies, sondern Männer strukturell bevorteilt sind. Ken, von der Idee überzeugt, bringt das Konzept mit zurück nach Barbieland und trifft dort auf fruchtbaren Boden: Die anderen Kens stimmen ein, und ohne Gegenwehr entwickelt sich Barbieland zum Patriarchat.

Ablenken statt Besiegen?

Jahrhunderte männlicher Vorherrschaft, unzählige Entwicklungsschritte werden simplifiziert dargestellt, indem Ken eine Idee mitbringt. Ein völlig verqueres Verständnis davon, was strukturelle Unterdrückung sein soll, und so geht auch die Rettungsaktion voran: Ein kleines Team setzt sich zusammen, das den Barbies nach und nach erklärt, was sie vor dem Patriachat für eine Rolle hatten. Der aufklärende Stoßtrupp führt dann die bürgerliche Revolution durch und schreibt, während alle Kens abgelenkt (wohlgemerkt nicht besiegt) sind, die neue Verfassung von Barbieland.

Damit aber nicht genug: Der krönende Abschluss der Emanzipationsgeschichte ist die Entschuldigung bei Ken. Dafür, dass er die ganze Zeit nicht richtig beachtet wurde. Welch krude Vorstellung von gesellschaftlicher Unterdrückung und patriarchalen Strukturen. Gesellschaftlicher Wandel, so verstehen wir ihn marxistisch, geht durch Auflehnung von Unterdrückten, nicht durch avantgardistische Aufklärung, bürgerliche Verfassungen und Befreiung durch die Elite.

DIE LINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN



Mach mit beim SDS!

Die Linke.SDS ist der größte sozialistische Studierendenverband Deutschlands. Wir sind an über 60 Hochschulen bundesweit organisiert und laden Dich herzlich ein, mit uns gemeinsam die Hochschulen und die Welt zu verändern!

Diese wird immer ungerechter und die Klimakrise bedroht uns mittlerweile auch in Deutschland ganz akut – der Kapitalismus kann als System nur versagen. Die Inflation hat die soziale Lage von Studierenden verschärft und treibt immer mehr von uns an die Armutsgrenze. Politiker*innen geben uns Energiespartipps, gleichzeitig machen sich die Konzerne ihre Taschen mit Profiten voll. Während wir mit Arbeitnehmer*innen für höhere Löhne streiken, fordern Arbeitgeber*innen die Beschränkung dieses Grundrechtes. Und als gäbe es keine drängenderen Probleme, macht die Bundesregierung mal eben 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Aufrüstung locker, während uns erzählt wird, für Bildung, Verkehrswende und Soziales sei kein Geld da.

Dem stellen wir uns gemeinsam entgegen und entwickeln Ideen für eine bessere Zukunft. Die Veränderung muss im Hier und Jetzt beginnen – wir brauchen einen System Change, um ein ökologisches und soziales Desaster zu verhindern. Darum organisieren wir Aktionen und Proteste, unterstützen Streiks und Arbeitskämpfe, bilden und vernetzen uns.

Eine solidarische Gesellschaft können wir nur gemeinsam erkämpfen. Dafür braucht es eine starke sozialistische Stimme an den Hochschulen, in der Gesellschaft und vor allem braucht es jede und jeden Einzelne*n. Schau' gerne auf unserer Homepage vorbei, folg' uns auf Social Media, komm' zu einem der Plena unserer Lokalgruppen und mach mit. Wir freuen uns auf Dich!

INSTAGRAM:
@dielinke.sds
@critica.zeitung

TWITTER:
@linkesds
@critica_zeitung

WEBSITE: www.linke-sds.org www.critica-zeitung.de

SO ERREICHST DU UNS: INFO@LINKE-SDS.ORG 030/24009134



Uni-Awards



Vom baufälligen Brutalismus über gesponserte Hörsäle zu Deutschlands teuerstem Mensa-Essen: hier könnt ihr euren Hochschulen Auszeichnungen verleihen!

★ 1. Kategorie: Campus ★

Nominierungen:

- □ Ruhr Uni Bochum maroder Brutalismus
- □ Kölner Hauptbib 3 Steckdosen für 3000 Studierende
- □ Uni Bonn welcher Campus?? Diverse Gebäude werden dem Abriss freigegeben

★ 2. Kategorie: Forschung und Lehre ★

Nominierungen:

- □ **TU München** sponsored by Facebook
- ☐ Institut für Meteorologie und Klimatologie, Hannover
- ☐ **House of finance, Frankfurt am Main** Wo sich Wissenschaftler mit Finanziers treffen und Studis der Eintritt nicht frei gestattet ist

extra: Hörsäle sind nach Banken benannt

★ 3. Kategorie: Studi-Leben ★

Nominierungen:

- □ **Campus Vita Düsseldorf** Zwei Klassen-Mensa-System: einmal teures, gesundes Essen, guter Kaffee in klimatisiertem Saal und andererseits Mensa eben
- □ Bayerisches Hochschulgesetz keine studentische Selbstverwaltung, weil sonst Revo
- Semesterbeitrag Hannover stolze 439,73 €

Deine Uni ist nicht dabei, sollte aber trotzdem nominiert werden??
Dann schreibt doch eine E-Mail an **bmbf@bmbf.bund.de**oder **bettina.stark-watzinger@bundestag.de**



Wenn du aber wirklich was verändern willst, dann mach mit beim SDS!